Dresden 1881.

[illegible]

Auflage 35000 Exempl.

[illegible]

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

[illegible]

Emil Hirschfeld's
Reitschule und Tattersall
DRESDEN
2 Struvestrasse 2
empfiehlt hochelegante Schlitten zum Selbstkutschiren.
Annahme von Pensionspferden.

In plombirten Packeten à 0,75, 1, 1,25, 1,50, 2 M.
Thee
Bei jedem Packet ist Anweisung für Zubereitung.
nur reine und wohlschmeckende chines. Sorten empfiehlt à ½ Kilo 3, 4, 6 und 8 M. staubfrei
Kaufhaus 6 **R. Seelig,** Importeur. Kaufhaus 6.

Residenz-Theater.
Mittwoch den 26. Jan. 1881 Nachmittags 4 Uhr. Halbe Preise. Volksthümliche Vorstellung. Gastspiel des Frl. Lina Bendel
Manöverleiden.
Abends 7½ Uhr Gastspiel des Fräul. Sophie König und des Fräul. Lina Bendel.
Der Schlagring.

Nachttelegramme. Wien. Unterhaus. Hohenwart interpellirt wegen des Rückganges der Landwirthschaftsbevölkerung. Minister Taaffe stellt in Aussicht, eine Herabminderung der Besitzveränderungsgebühr und die Betheiligung des Staates an den Meliorationen. Die Regierung strebt den billigeren Bahntransport der Landwirthschaftsprodukte an und erwägt die Umwandlung der hochverzinslichen Schulden des Grundbesitzes in minder drückende eventuell die Förderung staatlicherseits durch Gebührennachsicht.

Nr. 26. Witterung vom 25. Januar: Barometer nach Oskar Kleeb, Waisenstraße 19, [illegible] Mill., seit gestern [illegible] Mill. gefallen. Thermometer [illegible] Temp. 10° R., höchste Temp. [illegible] Wind. [illegible] | Aussichten für den 26. Januar: Allmählige Trübung, Frost, später leichte Niederschläge. | **Mittwoch, 26. Januar.**

Für die Monate Februar und März werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 84 Pfg. angenommen.

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ein zweites Geleise auf die Rhein-Nahebahn zu legen, wird allseitig als eine dringende, militärische Nothwendigkeit anerkannt. Der preußische Kriegsminister v. Kameke betonte es in der Unterkommission des Berliner Abgeordnetenhauses als unerläßlich, dem besseren Gerüstetsein Frankreichs deutscherseits dadurch zu begegnen, daß man die militärische Leistungsfähigkeit der an die Grenze führenden Bahnen erhöhe. Ursprünglich wollte die preußische Regierung die Legung des zweiten Geleises auf der Rhein-Nahebahn dadurch erreichen, daß sie die Bahn selbst ankaufe. Sobald gewisse Berliner Bankiers das ausgeschnüffelt hatten, begann die bekannte Courstreiberei der Aktien dieser Bahn. Die preußischen Steuerzahler hatten das Vergnügen gehabt, die Bahn über den Span zu bezahlen, blos um gewissen ...sons und ...lebens die gierige Hand zu füllen. Nun hat aber bei den eigenthümlichen Rechtsverhältnissen der Rhein-Nahebahn der preußische Staat an sich das Recht, von der Gesellschaft die Legung eines zweiten Geleises zu verlangen. Die Stimmung im Berliner Abgeordnetenhause geht also dahin, den Ankauf der Bahn abzulehnen. Darob großes Auwaihgeschrei der Börsenjobber, die sich um die Frucht ihrer Courstreiberei gebracht sehen. Anderen Menschen klingt das freilich wie Musik in den Ohren. Nun beabsichtigt aber das Abgeordnetenhaus ein Gesetz zu beantragen, welches den Privatbahnen die allgemeine Pflicht auferlegen soll, die Anordnungen der Regierung in Beziehung auf Landesvertheidigung unweigerlich auszuführen. Gewiß wird Jedermann auch von den Privatbahnen das für die Vertheidigung des Reiches Unerläßliche fordern. Wenn z. B. die von Breslau aus nach der russischen Grenze führenden Eisenbahnen wegen ihrer Eingeleisigkeit berechtigten militärischen Ansprüchen nicht genügen, so wird man da Wandel zu schaffen haben. Aber was läßt sich nicht Alles unter dem Ausdruck „militärische Rücksichten" begreifen? Schließlich kann man mit dieser Wünschelruthe in der Hand einer Eisenbahn solche Opfer auflegen, daß sie finanziell gar nicht mehr zu bestehen vermag! Und was mit den preußischen Privatbahnen versucht wird, wendet man später nur gar zu gern auf die Bahnen der übrigen Staaten an. Es ist also zu wünschen, daß ein Gesetz, das in ganz unbestimmten Ausdrücken den Eisenbahnbetrieb lediglich den „militärischen Rücksichten" unterordnet, nicht zu Stande kommt.

Mit einer gewissen Geflissentlichkeit verbreiten die offiziösen Berliner Blätter die Nachricht, daß nicht daran zu denken sei, daß dem nächsten Reichstage eine Vorlage über Einführung des Tabaksmonopols zugehe. Kann schon sein, daß die Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung eines dahinzielenden Gesetzes dessen Vorlegung jetzt noch verzögern. Denn andererseits ist soviel sicher, daß die gesetzgeberischen Vorbereitungen dazu ununterbrochen ihren Gang nehmen, so daß im Bedarfsfalle mit einem Tabaksmonopol-Entwurfe sofort hervorgetreten werden kann. Fürst Bismarck wird keinen neuen Finanzminister zulassen, der nicht Anhänger und Vertheidiger des Monopols ist. Ohne dieses hält er jede gründliche Steuer-Reform für unmöglich oder verfehlt. Die letzten drei Finanzminister, Camphausen, Hobrecht und Bitter, genügen dem Fürsten Bismarck deshalb nicht, weil sie dieses Monopol als ein nationales Unglück betrachten oder doch vor den Schwierigkeiten seiner Einführung zurückschrecken. Herr Bitter ist deshalb auch zum Abgange reif, er gilt für einen Baum, auf den der Förster ein Kreuz gekreidet hat. Zu den hundert Gründen, volkswirthschaftlicher und politischer Natur, die gegen das Tabaksmonopol sprechen, gesellt sich nun aber neuerdings ein neuer: es sind die enormen Einnahme-Ueberschüsse aus den bisherigen Verbrauchssteuern und Zöllen. Diese Ueberschüsse belaufen sich im Vorjahre auf 25 Millionen und eine Steigerung der Matrikularbeiträge wird keineswegs nöthig sein. Zu jenen 25 Mill. liefert die letzte Erhöhung der Tabaksteuer einen sehr beträchtlichen Beitrag. Auch für die Zukunft stehen solche steigende Erträge in Aussicht. Umsomehr sollte man neue Steuer-Experimente unterlassen, deren Zweifelhaftigkeit selbst von ihren Anhängern nicht geleugnet wird.

In den nächsten Tagen hat der Revolutionsklub der sogenannte Italia irridenta, eine große Versammlung nach Rom ausgeschrieben. Den Vorwand für diesen Kongreß bildet die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Italien. Der eigentliche Zweck aber ist eine Kundgebung zur Annexion von Triest und Wälschtirol an Italien. Die sogenannten Irridentisten erklären nämlich Italien auf so lange als „unversöhnt", als bis nicht alle jene Gebiete annektirt sind, in denen man italienisch spricht. Die „Unversöhnlichen" fordern daher von der Schweiz die Abtretung des Tessin, von Frankreich die Wiederherausgabe von Nizza und Savoyen, sowie Korsikas, von England die Insel Malta, von der Türkei einen Fetzen Albanien, zunächst aber und vor Allem von Oesterreich Tirol bis zum Brenner und Triest, später auch Dalmatien. Um der Demonstration der Irridentisten einen populären Anstrich zu geben, bedienen sie sich der Namen von Garibaldi Vater und Sohn als Aushängeschilder. Der alte Garibaldi, schwach und kindischeigenwillig, wie er als Greis geworden, hat in einem Schreiben mit den gewöhnlichen bombastischen Phrasen angenommen, auf diesem Kongresse, der aus allen Theilen Italiens beschickt wird, Triest und Südtirol als Abgeordneter in Rom zu vertreten, obwohl diese doch nicht zu Italien gehören. Es ist das eine offene Beleidigung Oesterreichs. Darüber schlug nun sowohl die österreichische als auch die deutsche Presse Alarm. Man gab der italienischen Regierung zu verstehen, daß sie ihren Pflichten gegen einen befreundeten Nachbarstaat sehr übel nachkommen würde, wollte sie die offizielle Vertretung nicht italischer Gebietstheile auf jenem Kongresse gestatten. Diese Andeutungen haben den Ministerpräsidenten Cairoli arg verschnupft: er läßt erklären, er wisse schon von selbst, was er zu thun habe. Nun, das ist ja recht erfreulich zu hören, aber man darf zweifeln, ob der frühere Revolutionär Cairoli auch wirklich die Kourage besitzt, gegen seinen ehemaligen Waffenbruder Garibaldi einzuschreiten, wenn dieser die ihm allseitig zugetraute Eselei ausführt. Denn das möge man sich nur in Italien gesagt sein lassen: die Hand, die sich lüstern nach Triest und Tirol bis zum Brenner ausstreckt, würde einem Schwerte begegnen, dessen Griff nicht blos in den Händen Oesterreichs ruht. Triest, das in keiner Epoche der Geschichte jemals zu Italien gehört hat, ist nicht italienisch, italienisch ist nur die Geistlichkeit und der Adel; die Beamten sind deutsch, die Bürgerschaft und die Arbeiter in Stadt und Land sind überwiegend Slaven und erbitterte Feinde der Italiener. Oesterreich bedarf des Hafens in der Adria, das ihm den Zugang zu dem Weltmeere verschafft und seine Großmachtstellung begründet als unentbehrlichen Fundaments und Deutschland ist solidarisch an diesem Besitze Oesterreichs betheiligt. Italien aber hat an seiner langgestreckten Küste Häfen über Häfen; was ihm fehlt, sind Schiffe, die seine Häfen füllen. Nun plant aber die Irredenta für das Frühjahr einen Putsch; sie will sich Triests mittelst eines Handstreichs bemächtigen und auf dem Kongresse in Rom soll die Vorbereitung dazu getroffen werden. Oesterreich ist zwar gewarnt; es hat seine Besatzungen im Pusterthale um mehrere Jägerbataillone verstärkt und würde jeden Abenteuerstreich sofort erdrücken können, wiewohl der Statthalter des gänzlich unterwühlten Triest, Herr de Pretis, bisher noch nicht gewagt hat, energisch das Netz der Verschwörungen zu zerreißen. Aber was man von der italienischen Regierung unbedingt erwarten muß, ist, daß sie die Vorbereitungen zu dem Putsch auf Triest, die naturgemäß nur auf italischem Boden gemacht werden, nicht ferner dulde.

Das englische Parlament hat nach endlicher Erledigung der Adreßdebatte sich zu dem ersten Gesetze gewendet, mittelst welchen die Regierung die aufständische Bewegung in Irland zu bemeistern hofft. Es ist das Verbot des Waffentragens. Die irischen Deputirten suchen aus naheliegenden Gründen die Erledigung dieses Gesetzes bis zur Pechhütte zu verschleppen. Eine Abkürzung der endlosen Debatten dadurch, daß man den dem englischen Parlamente bisher unbekannten „Schluß der Debatte" einführt, steht auch nicht zu erwarten, denn auch diese Abänderung der Geschäftsordnung ruft unzählige Gegenanträge und Reden der irischen Abgeordneten hervor. So kommt man keinen Schritt weiter. John Bull kratzt sich immer bedenklicher hinter den Ohren. Soeben hat ihm die Regierung mitgetheilt, daß der Krieg gegen die Afghanen um volle 12 Millionen Pfund Sterling die Voranschläge überschritten hat. Das Resultat dieser von Beaconsfield behufs Brechung des russischen Einflusses in Afghanistan unternommenen und so pomphaft verkündeten „Ruhm- und Pulverpolitik", bei der viel Pulver verknallt und wenig Ruhm gesammelt wurde, ist aber bekanntlich die schmachvolle Niederlage der Engländer in Afghanistan und die Anerkennung eines russischen Pensionärs als Emir daselbst gewesen. Und nun noch dafür 240 Millionen Mark Zeche bezahlen — das ist fatal.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 25. Jan.

Berlin. Zur Vermählungsfeier des Prinzen Wilhelm am 27. Februar sind an die nächsten Verwandten der Königsfamilie und das sächsische Königshaus Einladungen ergangen. Bei der Landtagswahl in Memel ist Ancker (Fortschritt) gegen Plehwe (konservativ) zum Abgeordneten gewählt worden. — Morgen findet das erste Parlamentsdiner beim Fürsten Bismarck statt. Unter den Geladenen befindet sich Windthorst.

Berlin. Abgeordnetenhaus. Tagesordnung: restirende Budgettheile und die auf den Steuerlaß bezüglichen Anträge. Beim Etat der Schulinspektoren klagte Abg. Stablewski über die Verfolgung der polnischen Sprache. Abg. Colberg verlangte eine ausreichende Vertretung der Katholiken in den Schuldeputationen. Abg. Stroßer suchte darzulegen, daß die Geistlichen für das Schulinspektoren-Amt die geeignetsten Persönlichkeiten seien. Zu dem Lehrer-Pensions-Etat beantragten Abgg. Platen und Rickert Erhöhung der Minimalsätze. Cultusminister v. Puttkamer erkannte die Nothwendigkeit der Regelung des Lehrer-Pensionsfonds an, doch könne eine solche Regelung nur im Zusammenhange mit dem gesammten Unterrichtswesen erfolgen. Abg. Knörcke theilte mit, daß er eine große Anzahl von Zuschriften von emeritirten Lehrern erhalten habe, wonach der Zustand dieser Lehrer ein trostloser sei. Der Antrag Platen wurde abgelehnt. Abg. Reichensperger-Köln führte aus, daß die Dienstwohnungen oft in einem Mißverhältniß zu der Stellung der Beamten ständen. Es seien große elegante Wohnungen, die nun auch entsprechend möblirt werden müßten, was manchmal vielfach bedeutend über die Mittel der Beamten hinge. Dienstwohnungen sollten nur ausnahmsweise gewährt werden. Minister v. Puttkamer trat den Ausführungen des Vorredners entgegen, doch träten dieselben gerade für seine Verwaltung nur wenig zu. Dienstwohnungen in den Gymnasien seien aus pädagogischen Rücksichten wünschenswerth. Bei den indirekten Steuern wurde auf die Mißstände hingewiesen, welche die Uebertragung der Gerichtskosten auf die indirekten Steuern herbeigeführt worden sind. Minister Bitter gab dieselben zu, doch müßten noch Erfahrungen gemacht werden, ehe an eine Aenderung heranzutreten sei. Abg. Schmidt-Stettin wünscht Besserstellung der unteren Steuerbeamten. Abg. Bachem: In den Westprovinzen seien die Beamten gut gestellt, trotzdem kämen dort viel Kassendefekte vor — daran sei der Kulturkampf schuld, indem man blos die Beamten aus den Reihen der Culturkämpfer nehme. Finanzminister Bitter: Bei der Anstellung der in Betracht kommenden Beamten frage kein Mensch nach der Confession; nur die persönliche Tüchtigkeit sei ausschlaggebend. Die einzelnen Positionen werden bewilligt. — Nächste Sitzung morgen. (Antrag Windthorst, betr. Straflosigkeit des Messelesens und Sacramentespendens).

Madrid. Nach hier eingegangenen Nachrichten haben in Sevilla neue Ueberschwemmungen stattgefunden. In Cordoba und Gerona wurden durch Unwetter große Verheerungen angerichtet.

Petersburg. Die russischen offiziellen Berichte über das erfolgreiche Zurückschlagen der Ausfälle der Tekkinzen aus Geok-Tepe sind völlig unglaubwürdig und gefärbt. Vielmehr gelang am 10. der turkmenische Ausfall vollständig. Die Tranchéen der Belagerer wurden genommen, vier Kanonen und viele Gewehre erbeutet. Die Russen wurden nach schweren Verlusten gezwungen, nach Kareeg, sieben Meilen westlich, zu retiriren.

London. Der Gouverneur General Colley ist mit einer 1000 Mann starken Truppenabtheilung von Newcastle nach dem Transvaallande aufgebrochen. Die Boers machten dem Zuluhäuptling Oham ein Allianzanerbieten, Oham hat aber abgelehnt.

Berliner Börse. Gegen gestern war die Physiognomie entschieden freundlicher. Deckungskäufe führten eine ziemlich allgemeine Befestigung herbei; zudem schien man auch zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß man gestern den Vorgängen bei der deutschen Handelsgesellschaft zu Breslau einen zu großen Einfluß eingeräumt habe. Der flüssige Geldstand stellt eine leichte Ultimoregulirung in Aussicht und endlich lauteten auch die auswärtigen Notirungen nicht ungünstig. Schluß still, aber die Festigkeit hielt an. Creditactien und Bankverein je 2, Franzosen 3[illegible], Lombarden 1[illegible] höher. Eisenbahnen erzielten mannichfach Besserungen. Prioritäten fest und zum Theil gut gefragt. Banken wenig belebt, aber befestigt. Disconto-Gesellschaft 1[illegible], Dresdner Bank 1[illegible] Proc. höher. Deutsche Fonds fest und ruhig, fremde erholten sich, Russ. Anleihen fest, Ungarische Goldrente belebt. Bergwerke still; Laura 1, Dortmunder 1[illegible] Proc. besser. Von sächs. Industrien gaben ab Schönherr 1[illegible], Nähfaden 1 Procent.

Lokales und Sächsisches.

— Der Organist Gottfried Stöcker in Pirna erhielt das Verdienstkreuz.

— Ober-Postkassenrendant Bennewitz in Dresden erhielt den Charakter als Rechnungs-Rath.

— Dem fünfzigjährigen Bürgerjubilar Herrn Kaufmann Ländrich ging gestern ein Gratulationsschreiben beider städtischen Kollegien zu.

— Bei dem am Sonntag in Berlin stattgefundenen preußischen Ordens- und Krönungsfeste erhielten u. A. Dekorationen: Den rothen Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub: Graf v. Dönhoff, k. preuß. Gesandter in Dresden, sowie der k. sächs. Geh. Legations-Rath Le Maistre, deutscher Gesandter in Rio de Janeiro. Den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife: die Reichsgerichtsräthe Dr. Fleischauer, Hartmann und Werner zu Leipzig. Den rothen Adler-Orden 3. Klasse: Dr. v. Beyerle, Senatspräsident des Reichsgerichts zu Leipzig. Den rothen Adler-Orden 4. Klasse: die Reichsgerichtsräthe Buff, Hoffmann und Dr. v. Meibom zu Leipzig, Postdirektor Großmann zu Leipzig, G. G. Müller, Ober-Post-Kommissarius zu Dresden, Postrath Schier zu Leipzig und Postdirektor Zschucke zu Plauen i. V. Den k. Kronen-Orden 1. Klasse: Dr. Simson, wirkl. Geh. Rath und Präsident des Reichsgerichts zu Leipzig. Den k. Kronen-Orden 4. Klasse: Postmeister Göhler zu Pulsnitz. Das allgemeine Ehrenzeichen: Verbands-Packmeister Schütz zu Leipzig. Im Ganzen wurden 1351 Auszeichnungen verliehen.

— Gestern Morgen verstarb plötzlich ein treuer, für das Gemeinwohl vielfach thätig gewesener Bürger unserer Stadt, Herr Klempnermeister Karl Kirbach, in Folge eines Herzschlages. Der Verstorbene war langjähriger Präsident der Gewerbekammer, viele Jahre Stadtverordneter, Armenpfleger und Kirchenvorstandsmitglied, auch sehr thätiges Aufsichtsrathsmitglied des so herrlich emporgeblühten Dresdner Gewerbevereins. Frau und vier Kinder, Kollegen und Freunde sahen mit tiefer Trauer diesen intelligenten Mann in dem kräftigen Alter von 46 Jahren in's Grab sinken.

— Die American Society of Civil-Engineers hat dem kürzlich zum k. preuß. Geh. Regierungsrathe ernannten M. M. Freiherrn von Weber die Ehrenmitgliedschaft ertheilt. Unter den 6 im Jahre 1880 ernannten Ehrenmitgliedern befinden sich nur 4 Ausländer. Unser berühmter Landsmann theilt die Auszeichnung mit dem Franzosen Malézieux, dem Engländer Sir John Hawkshaw und dem Holländer Justin.

— Wie vorauszusehen, mußten schon am Montag die Subscriptionslisten zum ersten Balle im Neustädter Hoftheater geschlossen werden. Es ist daher räthlich, bei Eröffnung der Subscriptionslisten zum zweiten Balle die Zeichnung bei Zeiten zu bewerkstelligen, wenn man ihrer Annahme sicher sein will. Beide Bälle versprechen einen glänzenden Genuß.

— Aus dem 35. ländlichen Wahlkreise, die Ortschaften der früheren Gerichtsämter Oberwiesenthal, Scheibenberg, Ehrenfriedersdorf, Lößnitz, Jöhstadt, Grünhain, Geyer umfassend. In mehreren Landtagswahlbezirken beginnen sich die Parteien für die nächsten Wahlen zu rüsten. Können sich auch die Wähler des 35. Bezirks hierbei aktiv nicht betheiligen, da sich die Nachricht, es wolle der dermalige Abgeordnete dieses Bezirks aus Gesundheits- und Geschäftsrücksichten sein Mandat niederlegen, bis jetzt nicht bestätigt hat, so ist dennoch auch hier das Interesse an dem Ausfall der nächsten Landtagswahlen sehr lebhaft. Sehen die in der Hauptsache minder bemittelten Bewohner des oberen Erzgebirges, angesichts der kaum zu erschwingenden ordentlichen und außerordentlichen Steuern und Abgaben, der Zukunft mit Bangen entgegen und hat dieselben namentlich der Umstand höchst besorgt gemacht, daß es dem Kassirer der Staatsschuldenkasse möglich geworden ist, trotz des Aufsicht und Kontrole zu führen habenden Landtagsausschusses zu Verwaltung der Staatsschulden, eine von den Steuerzahlern zu deckende Unterschlagung von ca. 98,000 Mk. auszuführen, welcher Betrag noch eine viel größere Höhe hätte erreichen können, wenn der betreffende Beamte es nicht für gut befunden hätte, sich freiwillig als Selbstankläger der Staatsanwaltschaft zu gestellen, so erscheint es solchen Thatsachen und Vorkommnissen gegenüber gewiß dringend geboten, Männer in die Landes- und Volksvertretung zu senden, welche neben unabhängiger Lebensstellung, Sachkunde für gründliche Prüfung der Budgets- und Rechenschaftsberichte, Umsicht und Praxis zu Ueberwachung der Verwaltung der Staatsschuldenkasse, Neigung und Liebe zur Sache, sowie hinlängliche Zeit zur strikten Erfüllung der übernommenen Pflichten mitbringen und kann man sich, bei dem Ernst unserer finanziellen Lage, der Erwartung hingeben, daß die nächsten Wahlen in der angedeuteten Richtung werden eingeleitet und durchgeführt werden.

— Das Nebenzollamt I. Kl. in Marienberg ist vom 1. Februar ab aufgehoben und besteht dort nur ein Untersteueramt fort. Vom gleichen Zeitpunkt ab hat auch die von Reitzenhain nach Marienberg führende Chaussee als „Zollstraße" nicht weiter zu dienen.

— Die k. Akademie des Bauwesens zu Berlin hat als Preisgericht über die in Folge der ausgeschriebenen Konkurrenz eingegangenen Skizzen für das Empfangsgebäude auf dem künftigen Centralbahnhofe zu Frankfurt a. M. dem Entwurfe von G. E. Sommerschuh und Rumpel in Dresden einen Preis von 1500 Mark verliehen.